Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
Amt 66	S0177/05	28.06.2005
zum/zur		
A0093/05		
Bezeichnung		
Beschleunigung von Verkehrsbaumaßnahmen		
Verteiler	Tag	
Der Oberbürgermeister	12.07.2005	
Ausschuss f. Stadtentw., Bauen und Verkehr	18.08.2005	
Stadtrat	01.09.2005	

Es ist zunächst zu berücksichtigen, dass nach § 9 Abs. 1 Arbeitszeitgesetz (ArbZG) Arbeitnehmer nicht an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen von 0 bis 24 Uhr beschäftigt werden dürfen. Für Arbeiten, die nicht an Werktagen vorgenommen werden können, sieht § 10 Abs. 1 ArbZG Ausnahmen vor, z.B. bei Not- und Rettungsdiensten, in Krankenhäusern, in Gaststätten bei Musik- und Theateraufführungen, etc.

Nach § 13 Abs. 3 Nr. 2b ArbZG kann die Aufsichtsbehörde – das Gewerbeaufsichtsamt – abweichend von § 9 bewilligen, Arbeitnehmer an bis zu fünf Sonn- und Feiertagen im Jahr zu beschäftigen, wenn besondere Verhältnisse zur Verhütung eines unverhältnismäßigen Schadens dies erfordern. Dazu ist ein entsprechender Antrag beim Gewerbeaufsichtsamt zu stellen.

Da also in der Regel ohnehin nicht am Sonn- und Feiertag gearbeitet werden könnte, ggf. aber jedenfalls nicht an jedem Sonn- oder Feiertag, wäre der Beschleunigungseffekt wohl nicht wesentlich.

Die Ausschreibungen der Verkehrsbauvorhaben werden üblicherweise vom Auftraggeber mit einem Zeitrahmen versehen, in dem die Firmen die Bauleistungen zügig aber auch ordnungsgemäß durchführen. Ebenso üblich ist im Allgemeinen die Wahl des Bauverfahrens / der Bautechnologie durch die beauftragte Firma.

Für die derzeitige Praxis der Ausschreibung von Bauvorhaben ist die Einschichtarbeitszeit Grundlage. Diese Verhaltensweise begründet sich:

1. mit der Einhaltung der "Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm – Geräuschmissionen-", vom 19.08.70
2. mit der preiswerten Nutzung der „Normalschicht“-arbeitszeit in den Firmenangeboten

Eine Anordnung von Beschleunigungen bei aktuellen Verkehrsbaumaßnahmen bei derzeit laufenden – Regelungen über Mehrschicht-/Wochenendarbeit nicht beinhaltenden – Bauaufträgen wäre problematisch, da dies in das Recht des Unternehmers eingriffe, innerhalb der vereinbarten Vertragsfrist bauen zu dürfen und daher in der Regel zumindest zusätzliche Vergütungsansprüche des Bauunternehmers nach sich zöge, wenn nicht sogar ablehnbar wäre.

In der Stadt Magdeburg gibt es kaum noch Straßen ohne eine daran befindliche Wohnbebauung. Die größeren Bauvorhaben der Zukunft werden demnach voraussichtlich neben einer vorhandenen Wohnbebauung liegen.

Die Ausschreibung von Mehrschichtarbeitsregimen bzw. Wochenendarbeit hat neben dem Vorteil einer kürzeren Bauzeit die Problematik, dass die Firmen bei der Einhaltung der o. g. Verwal-

tungsvorschrift und einiger nachgeordneter Vorschriften (z.B.: 23. Verordnung zur Durchführung des BImSchG.(Geräte und Maschinenlärmverordnung):

- die wöchentlichen Arbeitstage von Montag bis Samstag,
- die tägliche Arbeitszeit von 07.00 bis 20.00 Uhr,
- sowie die Immissionsrichtwerte in Gebieten mit vorwiegender Wohnnutzung von 55 dB(A) tagsüber, 40 dB(A) nachts
- sowie die Immissionsrichtwerte in Gebieten mit ausschließl. Wohnnutzung von 50 dB(A) tagsüber, 35 dB(A) nachts

dann eine andere „teurere“ Technologie und auch hochwertig gedämmte Maschinen wählen, was sich auch in höheren Angebotspreisen niederschlägt.

Die Verkürzung von Bauzeiten durch Vorgeben von Sonn- und Feiertagsarbeiten bzw. Wochenendarbeit bzw. Mehrschichtarbeit wird wegen der Berücksichtigung von Wochenendzuschlägen, evtl. Mehrkosten bei Mehrschichtarbeit, o.ä. bei der Kalkulation von Angebotspreisen durch die Bauunternehmer in der Regel einhergehen mit der Erhöhung von Baukosten und praktischen Problemen im Zusammenhang mit Lärmschutz und erforderlichen Ausnahmegenehmigungen, also evtl. gar nicht wirtschaftlich sein.

Bei Erfordernis von Arbeiten an Sonn- und Feiertagen bzw. zwischen 20.00 und 07.00 Uhr sind zwingende Gründe für die Genehmigung durch das Umweltamt vorzubringen.

Die Beeinträchtigung für die Anwohner ist schon durch die Duldung des „normalen“ Baugeschehens erheblich.

In der Vergangenheit wurde von der Bauverwaltung daher nur in unkritischen Bauflächen oder in begründeten Ausnahmefällen von derartigen Vorgaben gebrauch gemacht.

Auch in Zukunft sollte die Frage des Mehrschichteinsatzes eine Einzelfallentscheidung nach Abwägung der Beeinträchtigung der Anlieger, der evtl. gravierenden Verkehrsbehinderungen und der Kostenerhöhung sein.

Diese Stellungnahme ist mit dem Amt 68 abgestimmt.

Kaleschky
Beigeordneter für Stadtentwicklung,
Bau und Verkehr

Bearb.: Hr. Besecke
Tiefbauamt / 540 5276